

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

4.2	Gedenktafel für Zwangsarbeiterlager im Stadtpark	geändert beschlossen
	Interfraktioneller Antrag	
	Drucksache: 20-5227	

Petition/Beschluss:

Der Geschichtswerkstatt Barmbek werden aus bezirklichen Mitteln 1.800,- Euro zur Finanzierung eines zweiten Gestells für eine Gedenktafel zu Zwangsarbeiterlagern im Stadtpark zur Verfügung gestellt.

Für die SPD-Fraktion: Thomas Domres
Für die GRÜNE Fraktion: Michael Werner-Boelz
Für die CDU-Fraktion: Dr. Andreas Schott
Für die Fraktion DIE LINKE: Karin Haas, Lars Buchmann

Abstimmungsergebnis:
Geänderter Antrag einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

5.1	Umbau der Lüftungsanlage in der Zinnschmelze	ungeändert beschlossen
	Drucksache: 20-5110	

Sachverhalt:

Der Barmbeker Verein für Kultur und Arbeit e.V., der Träger des Stadtteilkulturzentrums Zinnschmelze ist, hat eine Unterstützung für den Umbau seiner Lüftungsanlage beantragt. Die derzeitige Lüftungsanlage im 1. Stock, die im Rahmen der Sanierung in 2015 eingebaut wurde, entspricht zwar den Vorschriften und der ursprünglichen Planung, hat sich aber im laufenden Betrieb als unzulänglich herausgestellt.

Zu den Einzelheiten wird auf das Schreiben der Zinnschmelze verwiesen (s. Anlagen). Für eine gute Lösung sind gem. beiliegender Kostenschätzung € 33.050,- notwendig. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass der Verein in diesem Fall nicht vorsteuerabzugsberechtigt ist. Die Kostenschätzung auf Grundlage der Nettokosten erhöht sich daher um die Mehrwertsteuer von € 6.279,50 auf € 39.329,50.

Das Bezirksamt ist Eigner des Gebäudes und hat die Verwaltung an die Sprinkenhof Gesellschaft abgegeben. Diese hat sich bereit erklärt im Rahmen der Arbeiten an der Lüftungsanlage zusätzliche Arbeiten zu veranlassen, die die Geräusentwicklung reduzieren, was ebenfalls notwendig ist.

Das Bezirksamt ist von Anfang an in die Gespräche um diesen Mangel einbezogen gewesen und kann den dargelegten Sachverhalt bestätigen.

Das Bezirksamt begrüßt die vorgeschlagene Lösung ausdrücklich, da dadurch die sehr problematische Situation behoben werden kann. Die Mittel fließen dabei in ein städtisches Gebäude, dessen Funktionsfähigkeit erhöht wird.

Für die Finanzierung schlägt das Bezirksamt vor nicht verbrauchte Mittel aus dem **Quartiersfonds 2016** zu verwenden. Für den Einbau eines Schrägaufzuges beim Gebäude P40 in Barmbek-Süd waren seinerzeit investive Mittel aus dem Quartiersfonds vorgesehen. Da dieser nun nicht eingebaut wird, sind € 29.335,04 wieder zur freien Verfügung.

Petition/Beschluss:

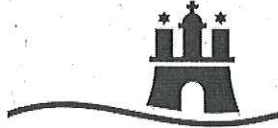
Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis von den Ausführungen.

Der Hauptausschuss beschließt für den Umbau der Lüftungsanlage in der Zinnschmelze folgende Mittel zur Verfügung zu stellen

- € 29.335,04 aus nicht verbrauchten Mitteln des Quartiersfonds 2016
- € 9.994,46 aus dem Förderfonds-investiv

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018**

Öffentlich

5.2	Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-5182	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Basis und woge e.V. will Schwimmkurse für geflüchtete Kinder und Jugendliche anbieten.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 5.190 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Die beschriebenen Schwimmkurse und Materialien entsprechen den Vorgaben des Fonds und werden vom Bezirksamt befürwortet. Die hohe Summe ist begründet und nachvollziehbar, da es sich um 2 unterschiedliche Maßnahmen handelt.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

5.3	Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-5185	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Basis und woge e.V. will ein Fußballangebot für geflüchtete Kinder und Jugendliche anbieten.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 10.752 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Der Antrag entspricht den Vorgaben des Sportfonds. Das Bezirksamt fördert den Träger basis und woge e.V. mit Mitteln der BASFI. Ziel des Projektes ist die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Unterkünften in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Förderung beinhaltet nur die Personalkosten und ein sehr kleines Sachmittelbudget. Mittel für Projekte sind nicht enthalten.

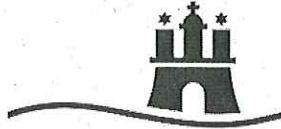
Die beschriebenen Kosten sind nachvollziehbar und stellen der Erfahrung nach einen Höchstbetrag dar, der z.B. bei geringerer Anzahl von Kindern oder weniger Treffen nicht vollständig benötigt wird.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

5.4	Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-5187	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der KinderSpassVerein Hamburg e.V. will zwei Sportangebote für geflüchtete Kinder, Jugendliche und Erwachsene anbieten.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 2.560 € und 600 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Die Anträge entsprechen den Vorgaben des Sportfonds und sind mit der Leitung der Unterkunft Borsteler Chaussee abgestimmt (s. Schreiben). Die Unterkunft in Groß Borstel ist in einem sehr schlechten baulichen Standard und wird perspektivisch durch die Unterkunft Papenreye (Pehmöllers Garten) ersetzt. So lange diese noch betrieben wird ist das Sportangebot eine sinnvolle und wichtige Ergänzung der Freizeitangebote für die Kinder und Jugendlichen in der Unterkunft.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

5.5	Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-5205	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Das Goldbekhaus will ein Sportangebot für Geflüchtete anbieten.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 9.000 € bzw. 2.600 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Der vorliegende Antrag entspricht den Vorgaben des Sportfonds der Bezirksversammlung. Der Sportfonds enthält noch ca. € 30.000,-. Sofern die bereits eingereichten Anträge bewilligt werden, reduziert sich dies auf ca. € 20.000,-. Es sind also ausreichend Mittel für den Antrag vorhanden.

In Bezug auf die Varianten (mit oder ohne Livemusik) empfiehlt das Bezirksamt eine Bewilligung ohne Livemusik, da dies für den Aspekt Sport und Bewegung u.E. ausreichend ist.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:

2.600 € einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

5.6	Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-5206	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Trockendock e.V. will ein Sportangebot für Flüchtlinge anbieten.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 1.380 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Der Antrag entspricht den Vorgaben des Sportfonds. Das Trockendock im Stadtteil Barmbek ist ein von der BASFI geförderter Träger, der sich vornehmlich mit Suchtprävention von Jugendlichen beschäftigt. Das Trockendock ist eine Anlaufstelle auch für Geflüchtete Jugendliche, die durch das Sportangebot Breakdance gut erreicht werden. Ziel des Projektes ist die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Unterkünften in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Förderung beinhaltet nur die Honorarkosten. Die beschriebenen Kosten sind nachvollziehbar und stellen der Erfahrung nach einen Höchstbetrag dar, der z.B. bei weniger Treffen nicht vollständig benötigt wird. Das Angebot wurde auch schon in 2017 durch den Sportfonds gefördert und wird von den jungen Geflüchteten gut angenommen.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

7.1	Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Groß Borstel 30 (Brückwiesenstraße) Kenntnisnahme der öffentlichen Auslegung durch den StekA Drucksache: 20-5139	zur Kenntnis genommen
------------	---	-----------------------

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 07.12.2017 mit o.g. Thematik befasst und die geplante öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfes Groß Borstel 30 zur Kenntnis genommen.

Historie:

28.04.2016	StekA	Aufstellungsinformation
29.09.2016	StekA	Zustimmung zur öffentlichen Plandiskussion
17.11.2016	StekA	Öffentliche Plandiskussion (ÖPD)
24.11.2016	StekA	Auswertung ÖPD, nichtöffentlich
08.12.2016	StekA	Auswertung ÖPD, öffentlich
22.06.-22.07.2017		Beteiligung TÖB
28.08.2017		Arbeitskreis I

Die Abstimmung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfs Groß Borstel 30 mit den Behörden und Trägern öffentlicher Belange wurde durchgeführt.

Das knapp 0,4 ha große Plangebiet des Bebauungsplan-Entwurfs Groß Borstel 30 liegt westlich der Brückwiesenstraße und östlich der Tarpenbek. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Groß Borstel 30 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der überwiegend ungenutzten Fläche für Wohnungsbau geschaffen werden. Der im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg befindliche, etwa 18 m breite und 150 m lange Grundstücksstreifen (Flurstück 1982) war ursprünglich für eine Straßenverbindung über die Tarpenbek zwischen der Brückwiesenstraße und der Straße Lütt Kollau vorgesehen und entsprechend in den geltenden Bebauungsplänen Groß Borstel 5 vom 10. November 1969 und Groß Borstel 4 vom 14. Januar 1966 als Straßenverkehrsfläche ausgewiesen. Diese Planung wurde aufgegeben, sodass durch neues Planrecht die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, das Grundstück einer neuen Nutzung als reines Wohngebiet zuzuführen.

Das Grundstück wurde nach einer Ausschreibung über die Agentur für Baugemeinschaften der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) einer Baugemeinschaft anhand

gegeben.

Die Planung strebt den Neubau von etwa 15 Wohneinheiten in drei Baukörpern an, die zwei Geschosse plus Staffelgeschoss umfassen und im öffentlich geförderten Wohnungsbau errichtet werden sollen. Die drei Baukörper in offener Bauweise berücksichtigen in ihrer Anordnung die mittig im Plangebiet liegende zu erhaltende wertvolle Eiche sowie die Nachbarbebauung. Die Erschließung des Wohngebietes erfolgt über einen neu herzustellenden verkehrsberuhigten Bereich in 7 m Breite. Im Westen des Plangebietes wird angrenzend an die Tarpenbek eine öffentliche Grünfläche festgesetzt. Insgesamt sollen etwa 1.800 qm BGF umgesetzt werden.

Das Bebauungsplanverfahren dient der Innenentwicklung im Sinne von § 13 a BauGB und wird, da auch die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt.

Es wurden folgende wesentliche Planinhalte festgelegt:

Reines Wohngebiet: Festsetzung von drei Baukörperausweisungen, zweigeschossig mit Staffel in offener Bauweise. Festsetzung einer GRZ von 0,4 und einer GFZ von 0,6 sowie von Gebäudehöhen. Ausschluss von Nebenanlagen im Bereich der mit Erhaltungsgebot festgesetzten Eiche, Anpflanzungsgebot für eine Hecke entlang der südlichen Grundstücksgrenze.

Öffentliche Straßenverkehrsfläche:

Im Norden des Plangebietes wird die Stichstraße Warnckesweg als öffentliche Straßenverkehrsfläche ausgewiesen, sie soll in einer Breite von 7 m als verkehrsberuhigter Bereich mit Wendeanlage ausgebaut werden. Die Einmündung in die Brückwiesenstraße wird bei gleicher Dimensionierung baulich angepasst.

Öffentliche Grünfläche: Im Westen des Plangebietes wird an der Tarpenbek eine öffentliche Grünfläche (Parkanlage FHH) gesichert.

Nachrichtliche Übernahmen: Die Wasserfläche der Tarpenbek sowie ihre Böschungen werden als Fläche mit wasserrechtlichen Regelungen nachrichtlich übernommen.

Wesentliche Unterschiede zur Planfassung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung:

- Änderung der Stellung der Baukörper
- Modifizierung der Kubaturen der Baukörperausweisungen
- Anpassung der GRZ und GFZ
- Verbreiterung der Straßenverkehrsfläche von 6 auf 7m

Die Anlagen entsprechen den Verschickungsunterlagen der Kenntnisnahme-Verschickung an die Träger öffentlicher Belange vor der öffentlichen Auslegung. Im Rahmen der Kenntnisnahme-Verschickung können sich noch redaktionelle Änderungen ergeben.

Petition/Beschluss:

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

7.2	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Winterhude 71 zur Kenntnis genommen Kenntnisnahme der öffentlichen Auslegung durch den StekA Drucksache: 20-5140
------------	---

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 07.12.2017 mit o.g. Thematik befasst und von der geplanten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfes Winterhude 71 Kenntnis genommen.

Zweck und Bedeutung der Planaufstellung

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Winterhude 71 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine städtebauliche Neuordnung auf dem Grundstück der ehemaligen Oberpostdirektion geschaffen werden.

Das Gebäude der ehemaligen Hamburger Oberpostdirektion am Überseering aus dem Jahr 1977 soll abgerissen werden, da eklatante Mängel im Bereich des Brandschutzes vorliegen und das Gebäude auch nach einer Sanierung nicht mehr den heutigen Ansprüchen an eine zeitgemäße Büronutzung entsprechen würde.

Der aus einem Wettbewerb hervorgegangene städtebaulich-freiraumplanerische Entwurf bildet die planerische Grundlage für den Vorhaben- und Erschließungsplan sowie den Bebauungsplan. Im Nordosten des Plangebiets soll ein zehn- bis dreizehngeschossiges Bürogebäude mit einer Geschossfläche von ca. 21.000 m² neu entstehen.

Südwestlich des Büroturms sind zwei größere Wohngebäude geplant. Die Gebäude weisen eine geschwungene Form auf und variieren in der Höhe zwischen sechs und zehn Geschossen. Insgesamt sind rund 523 Wohneinheiten geplant, 30 % der Wohneinheiten sollen als öffentlich geförderter Wohnungsbau (2. Förderweg) errichtet werden.

Die besonderen Eigenheiten der City Nord und die denkmalschutzfachlichen Belange werden berücksichtigt, indem das charakteristische Element der Fußgängererschließung auf der „Plus-Eins-Ebene“ erhalten wird.

Folgende wesentliche Planinhalte wurden vereinbart:

Kerngebiet

X-XIII Geschosse

GR 3.100m²

Baugrenzen mit Baukörperfestsetzung

Allgemeines Wohngebiet

VI-X Geschosse,

GR 8.200m²,

Baugrenzen mit Baukörperfestsetzung

Erhaltungsgebot

Erhaltungsgebote für Bäume

Begrünung

Anpflanzgebote für Bäume

Dachflächen- und Tiefgaragenbegrünung

Straßenverkehrsflächen und Gehrechte

Bestandsgemäße Ausweisung der umgebenden Straßenverkehrsflächen

Gehrecht für Fußgänger auf der „Plus-Eins-Ebene“

Ruhender Verkehr

Festsetzung einer Tiefgarage

Nachrichtliche Übernahme Denkmalschutz

Untersuchungen und Gutachten

Städtebaulicher Wettbewerb

Untersuchungen zur U-Bahn-Linie U 5

Schalltechnische Untersuchung

Verschattungsstudie

Artenschutzfachliche Untersuchung

Boden- und Altlastenuntersuchung

Entwässerungskonzept

Baumgutachten

Baugrunduntersuchung

Vertrag

Zur die Umsetzung des Vorhabens wird ein Durchführungsvertrag abgeschlossen.

Nummer des Aufstellungsbeschlusses

N 7/17

Bisheriger Verlauf des Planverfahrens:

08.10.2015 STEKA: Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses und Einleitung des Verfahrens

23.11.2015 Behördliche Grobabstimmung

11.02.2016 Frühzeitige Beteiligung Träger öffentlicher Belange

07.01.2016 Öffentliche Plandiskussion

28.08.2017 Arbeitskreis I

___.__.2017 Kenntnisnahme Auslegefassung Behörden und Träger öffentlicher Belange

Die öffentliche Auslegung ist für Dezember 2017/Januar 2018 vorgesehen.

Die Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 13a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB im Rahmen der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans unter Verwendung der Kriterien der

Anlage 2 zum BauGB hat ergeben, dass mit der verfolgten Neubebauung und Nutzungsänderung des innerstädtisch liegenden Planungsbereichs hinsichtlich einer zukünftigen Wohn- und Bürobauung voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 2 Abs. 4 Satz 4 in der Abwägung zu berücksichtigen wären, sodass das beschleunigte Verfahren nach § 13a Absatz 2 BauGB zur Anwendung kommen kann.

Petition/Beschluss:

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

7.3	Fahrradbügel Aufstellen am Habichtsplatz Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5156	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 11.12.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Bezirksamtsleiter wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass am Habichtplatz weitere Fahrradbügel aufgestellt werden.“

Begründung:

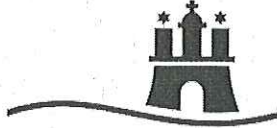
Im Seniorentreff der AWO finden viele Veranstaltungen und Aktivitäten statt. Es fehlt jedoch vor dem Eingangsbereich und in der Nähe an Möglichkeiten, Fahrräder anzuschließen.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

7.4	Planungen zur Veloroute 6 - Teilbereich Dulsberg Beschlussempfehlung des Regionalausschusses barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5159	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 11.12.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. „Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen,
 - a. dass im Zuge der Planungen der Veloroute 6 im Teilbereich des Eulenkamps zwischen Nordschleswiger Straße und Straßburger Straße / Friedrich-Ebert-Damm Maßnahmen ergriffen werden, die eine Verlangsamung des Kfz-Verkehrs zur Folge haben, mindestens jedoch, dass eine Tempo-30-Streckenabschnittsbeschränkung vor der Seniorenwohnanlage eingerichtet wird;
 - b. dass ein Ersatz des schlecht mit dem Rad zu befahrenden Kopfsteinpflasters durch Asphalt mindestens im von Fahrrädern befahrenen Bereich der Fahrbahn geprüft wird;
 - c. sich ebenfalls im Zuge der Planungen dafür einzusetzen, dass durch bauliche oder andere Maßnahmen der Linksabbiegeverkehr - insbesondere durch Lkw - an der Kreuzung Friedrich-Ebert-Damm / Eulenkamp in Richtung Nordschleswiger Straße vermindert wird.
2. Der Stadtteilrat Dulsberg wird gebeten,
 - a. sich mit dem ehemaligen Marktplatz an der Kreuzung Eulenkamp / Elsässer Straße, Walddörfer Straße und Stormarner Straße zu befassen und Möglichkeiten zu diskutieren, wie der Platz unter Berücksichtigung einer Führung der Veloroute 6 in diesem Bereich umgestaltet und damit wieder besser für den Stadtteil und seine Bewohnerinnen und Bewohner nutzbar gemacht werden kann;
 - b. dem Ausschuss über Ergebnisse möglichst im ersten Quartal des Jahres 2018 zu berichten.“

Begründung:

Das Veloroutennetz in Hamburg soll bis 2020 in großen Teilen weiter ausgebaut werden. In den zuständigen Fachbehörden laufen derzeit die notwendigen Planungen zur Umsetzung der Fahrradstrategie für Hamburg. Auch auf dem Dulsberg wird an der Umsetzung der Veloroute 6 geplant. Federführend ist das Bezirksamt Wandsbek, da die größten Teilstücke der Veloroute in diesem Bezirk liegen.

Bereits im Jahr 2016 hatte der zuständige Regionalausschuss beschlossen, dass auf dem Teilstück des Eulenkamps zwischen Straßburger Straße und Nordschleswiger Straße eine Tempo-30-Streckenbegrenzung eingeführt werden sollte (vgl. Drs. 20-3657). Die Polizei ist dieser Aufforderung bedauerlicherweise nicht gefolgt. In dem beschriebenen Teilstück des Eulenkamps wurde 2014 eine Seniorenwohnanlage mit 95 Wohnungen fertiggestellt. Der Eulenkamp hat eine in Teilen mit Kopfsteinpflaster versehene Fahrbahn, es gilt Tempo 50. Entlang des Teilstücks finden sich neben der Wohnanlage auch andere Wohnungen.

Der Eulenkamp wird von Norden kommend von vielen Fahrzeugen als Abkürzung genutzt, um das Linksabbiegen an der Kreuzung Straßburger Straße / Nordschleswiger Straße zu meiden, wird bereits an der Kreuzung Eulenkamp / Straßburger Straße / Friedrich-Ebert-Damm in den Eulenkamp eingebogen. Insbesondere Lkw nutzen diese Abkürzung, was zu einer erhöhten Lärm- und Schadstoffbelastung in diesem Teilstück führt.

Die Planungen zur Veloroute 6 bieten die Möglichkeit, die angespannte Situation im Eulenkamp durch geeignete Maßnahmen für Zufußgehende, Radfahrende und Autofahrende zu verbessern.

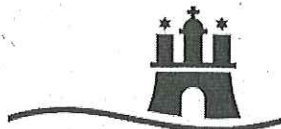
Die Veloroute verläuft in Richtung Innenstadt entlang des Eulenkamps südlich in Richtung Stormarner Straße. Auf Höhe der Elsässer Straße trifft der Eulenkamp auf einen ehemaligen Marktplatz, der nunmehr als Parkplatz genutzt wird. Eine Überquerung des Platzes ist aufgrund der Umzäunung und der parkenden Kfz nicht möglich. Damit die Veloroute 6 bequem und zügig genutzt werden kann, ist es notwendig, eine Lösung für den ehemaligen Marktplatz zu finden. Er hat das Potenzial, wieder ein zentraler Ort des Austauschs und der Freizeitnutzung für die Anwohnerinnen und Anwohner auf dem Dulsberg zu werden. Die Planungen für die Veloroute bieten nun einen konkreten Anlass, eine andere Gestaltung und Nutzung des Platzes anzudenken. Der Stadtteilrat Dulsberg ist ein etabliertes Forum für die Bürgerinnen und Bürger. Er könnte einen solchen Diskussionsprozess unter Einbeziehung der Bezirkspolitik organisieren und begleiten.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

7.5	Projektmittel der Stadtteilkultur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-5188	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 19.12.2017 mit Anträgen auf Projektmittel der Stadtteilkultur befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-5053.1

Antragsteller/in: SymphonING-Orchester der TUHH
Projekt: SymphonING-Winterkonzert
Höhe der beschlossenen Förderung: 850,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-5146

Antragsteller/in: Junges Orchester Hamburg e.V.
Projekt: Winterkonzert 2018
Höhe der beschlossenen Förderung: 500,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE)

3. Drucksache 20-5142

Antragsteller/in: Ev.-luth. Kirchengemeinde Hamburg-Dulsberg
Projekt: Sonntagsfrühstück mit Livemusik
Höhe der beschlossenen Förderung: 1 600,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. Drucksache 20-5149

Antragsteller/in: Zinnschmelze/Barmbeker Verein für Kultur und Arbeit e.V.
Projekt: Familien Sonntag
Höhe der beschlossenen Förderung: 3 063,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

5. Drucksache 20-5143

Antragsteller/in: Stadtteilbüro Dulsberg

Projekt: Aufführung von Kindertheatervorstellungen von Februar - November 2018

Höhe der beschlossenen Förderung: 1 815,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

6. Drucksache 20-5165

Antragsteller/in: Stadtteilbüro Dulsberg

Projekt: Interkulturelles Frauenfest 2018 im Kulturhof Dulsberg

Höhe der beschlossenen Förderung: 3 000,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

7.6	Investitionen in Bezirkliche Sportstätten Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-5189	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 19.12.2017 mit o.g. Thematik befasst und den Maßnahmenplan für die Jahre 2018 - 2020 einstimmig beschlossen.

Hintergrund

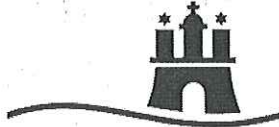
Der Beirat des Bezirklichen Sportstättenmanagements hat in seiner Sitzung am 15.11.2017 den anliegenden Maßnahmenplan beraten.

Der Plan soll in der nächsten Sitzung am 31.01.2018 durch den Beirat beschlossen werden. Vor diesem Hintergrund bittet das Bezirksamt den Ausschuss um Kenntnisnahme und Zustimmung zu den für Hamburg-Nord geplanten Maßnahmen, damit die entsandten Mitglieder der BV mit einem entsprechenden Votum ausgestattet sind.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

7.7	Standort für die Gedenktafel "Zwangsarbeiterlager am Stadtpark" Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-5226	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

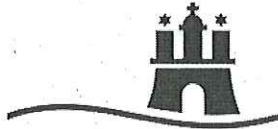
Der Ausschuss hat sich auf Grundlage der als Anlage beigefügten Vorlage mit dem zukünftigen Standort für die Gedenktafel zum Zwangsarbeiterlager am Hamburger Stadtpark befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Gedenktafel soll neben der Einfahrt zum Grundstück Südring 38 aufgestellt werden.“

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

7.8	Verkehrschao auf dem Gehweg - Bürger*innen und Bäume schützen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-5229	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 08.01.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. „Das vorsitzende Mitglied setzt sich dafür ein, dass die zuständige Behörde geeignete Maßnahmen ergreift, um illegales Befahren des Geh- und Radwegs auf der Nebenfläche an der Langenhorner Chaussee vor Hausnr. 690 zu verhindern.
2. Das vorsitzende Mitglied setzt sich weiterhin dafür ein, dass die zuständige Behörde geeignete Maßnahmen ergreift, um die neuen Baumscheiben vor dem Befahren zu schützen.“

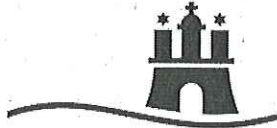
Begründung:

Im 2. Halbjahr 2017 wurde das nördlichste Stück der Langenhorner Chaussee umgestaltet. Dabei wurden auch die Nebenflächen sowie die Baumscheiben neu angelegt. Im Zuge der Baumaßnahmen ist die ehemalige Nebenfahrbahn vor Hausnr. 690 entfallen. An die ehemalige asphaltierte Durchfahrt erinnert heute nur noch eine schwarz gepflasterte Fläche, die eine Privatfläche ist und keine legale Ausfahrt hat. Die Fläche wird aber nach wie vor zum Parken genutzt. Zum Ein- und Ausparken wird regelwidrig der Geh- und Radweg befahren. Das gefährdet Fußgängerinnen genauso wie Radler und beschädigt die Geh- und Radwege, die auf das Gewicht von Fahrzeugen nicht ausgelegt sind (vgl. Bild 1 + 2 in der Anlage). Es müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um den Autofahrenden zu verdeutlichen, dass die schwarz gepflasterte Fläche weder legal zu erreichen noch zu verlassen ist. Auch stellt sie keine legale Parkmöglichkeit dar. Ebenso sollten die neuangelegten Baumscheiben vor dem Befahren geschützt werden (vgl. Bild 3 + 4 in der Anlage), damit der frisch aufgelockerte Boden nicht zum Schaden der Bäume wieder verdichtet wird.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 09.01.2018

Öffentlich

7.9	Zebrastrifen Ohlsdorfer Bahnhof Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-5230	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 08.01.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage einer Eingabe eines Bürgers und darauffolgenden interfraktionellen Antrages (SPD/ CDU/ GRÜNE/ DIE LINKE, FDP-Gruppe, Gruppe Piraten sowie Herr Debus) befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

"Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, die Verkehrsbehörde um Prüfung zu bitten, ob und inwiefern die Verkehrssicherheit für Fußgänger im Bereich des Kreuzungsbereichs Alsterdorfer Straße/ Rathenaustraße/ Im Grünen Grunde verbessert werden kann. Hierbei ist auch die Einrichtung weiterer Zebrastrifen und zusätzliche Beleuchtung zu prüfen."

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen